

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Communion: 25 241.  
Für die Nachgelieferung: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. November 1925 des tgl. zweimaligen Auslasses im Haus 1.50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat November 3 Mark. Abrechnung 16. Monats.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorabzahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marianstraße 38-42  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Renno 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unperlungte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Prihoda „Der zweite Paganini“ Einziges Konzert**  
am August-Förster-Flügel: C. Cerné  
am 23. November im Vereinshaus  
Konzert-Tournee 1925/26: Welt über 100 Konzerte in Europa  
Karten bei H. BOCK, Prager Straße 9

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Näfer** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

## Entscheidung des Kabinetts für Locarno.

Kabinet der Mitte oder große Koalition? — Die schwankende Haltung der Sozialisten.  
Faschistenterror in der italienischen Kammer. — Professor Cohnmanns Schlusswort in München. — Eine politische Rede Coolidges.

### Kabinet und Ländervertretung für Annahme.

Berlin, 19. Nov. Heute vormittag traten die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit den Mitgliedern des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer gemeinsamen Beratung der außenpolitischen Lage zusammen. Sie wurden über den gesamten Tatbestand, wie er sich in den letzten Wochen entwickelt hat, unterrichtet.

Auf Grund der Aussprache wird die Reichsregierung nunmehr entsprechend dem vorgelegten unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten gefassten Beschlusses den Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugehen lassen.

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinet bereits heute im unmittelbaren Anschluß an die Aussprache der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder dem Gesetzentwurf über die Verträge von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugestimmt. (W. T. B.)

### Die fragliche Koalition der Mitte.

Berlin, 19. Nov. Der Reichskanzler wird, wie schon gemeldet, am Freitag vormittag zunächst die Führer der hinter dem Kabinet stehenden Parteien, dann die Führer der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschnationalen empfangen, um ihnen von den heutigen Beschlüssen Kenntnis zu geben und die innerpolitische Lage zu besprechen. Nach den bisherigen Beschlüssen der Fraktionen könnte eine Vorlage der Regierung auf Unterzeichnung der Verträge von Locarno keine Annahme finden, weil sowohl der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende als die Fraktion selbst ausdrücklich die Annahme des Reichstages und die Ablehnung jeder durch das Kabinet Luther eingebrachten Vorlage ablehnt und beschließt haben. Man vermutet aber in parlamentarischen Kreisen, daß die Sozialdemokratische Partei zur Änderung ihrer Haltung bereit ist, falls das jetzige Kabinet im Sinne einer

von links her zu stützenden Koalition der Mitte umgebaut werden würde. Der Reichskanzler hat die Hoffnung, ein derartiges Kabinet einer mittleren Koalition, in die dann auch die Demokratische Partei eintreten müßte, führen zu können und die indirekte Unterstützung dieses Kabinetts durch die Sozialdemokratie zu erhalten. Ob dieser Plan des Reichskanzlers gelingt, hängt zunächst von den Verhandlungen mit den Parteien der Mitte und dann von den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ab. Neuerdings hält man es nach dem Verlauf des Zentrumsparteitages für leicht möglich, daß auch das Zentrum eine derartige Koalition der Mitte nicht mehr mitmachen würde, sondern die Große Koalition erkräbe. Die Große Koalition würde aber Widerstand bei der Deutschen Volkspartei finden, so daß eine Lösung der parlamentarischen Krise — die Voraussetzung für die Annahme der Verträge von Locarno im Reichstage — nur möglich wäre, wenn sich die Sozialdemokratie mit einer Unterstützung der Koalition der Mitte unter dem jetzigen Reichskanzler Luther begütigen würde. Sämtliche Fraktionen des Reichstages haben für Freitag nachmittag nach Schluß der wahrscheinlich nur sehr kurzen ersten Plenarsitzung des Reichstags Beratungen angelegt.

### Ein Kabinet der großen Koalition unter Koch?

Berlin, 19. Nov. In der Frage der Ergänzung des Kabinetts oder der Neubildung einer Reichsregierung ist jetzt ein Gerücht aufgetaucht, wonach Bestrebungen im Gange sein sollten, die Große Koalition unter der Kanzlerschaft des demokratischen Abgeordneten Koch zu bilden. Dieses Gerücht muß zunächst mit allem Vorbehalt aufgenommen werden. Es findet seine Grundlage darin, daß das Zentrum und die Sozialdemokraten sich gegen eine Minderheitskoalition der Mitte ausgesprochen haben, andererseits darf nicht übersehen werden, daß sowohl die Deutsche Volkspartei wie auch die Sozialdemokratie von einer Beteiligung an der großen Koalition der Zukunft nichts wissen wollen. Die Haltung der Sozialdemokraten in der Locarno-Frage ist bisher offiziell von der Haltung der Deutschnationalen abhängig gemacht worden. Man zweifelt jedoch in parlamentarischen Kreisen daran, daß die Sozialdemokraten diesen Standpunkt nicht aufrechterhalten, sondern auf jeden Fall für die Verträge von Locarno stimmen werden. Man ist aber der Ansicht, daß das Zentrum sich keine Stellungnahme

zur Frage einer Minderheitsregierung wohl noch überlegen dürfte.

### Die Nationalliberale Reichspartei und Locarno.

Berlin, 19. Nov. Die Nationalliberale Reichspartei gibt eine Entscheidung gegen Locarno bekannt, in der es heißt:

Die Nationalliberale Reichspartei lehnt den Vertrag von Locarno in der vorliegenden Fassung ab. Sie ist der Überzeugung, daß die Völker und Staaten Europas aus der Schicksalsgemeinschaft, in der sie leben, zu einer dauernden, ehrlichen und freiwillig politischen und wirtschaftlichen Verständigung kommen müssen, wenn sie nicht einzeln und getrennt dem Druck anderer Weltmächte erliegen sollen. Eine solche Verständigung kann aber nur möglich und wirksam auf der Grundlage voller Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Beteiligten werden. Dabei bedarf es zur Schaffung dieser Grundlage einer durchgreifenden Aenderung des Versailler Vertrages, wobei jeder endgültige Verzicht auf deutsches Land und Volk ausgeschlossen sein muß. Der in seinem Wortlaut nicht eindeutige Vertrag von Locarno erfüllt diese Vorbedingungen nicht. Die eigentlichen Ursachen des auf der ganzen Welt laotenden Mißtrauens und der allgemeinen wirtschaftlichen Depression können durch den Vertrag von Locarno nicht beseitigt werden. Er bedeutet nicht einmal den Anfang einer solchen Aktion. Erst die Erfüllung gewichtiger Voraussetzungen, so nämlich die Resolution, könnte den Abschluß eines freiwilligen Friedensvertrages mit unseren Kriegsgegnern und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglichen.

### Jarres für Locarno.

Wülheim, 19. Nov. Der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei, Oberbürgermeister Dr. Jarres, sprach hier in einer völksparteilichen Versammlung über die Provinziallandtagswahlen. Er betonte, wenn auch der katholische Volksrat der Rheinlande die größte Rolle spielt, so dürfe doch das Zentrum den Schlüssel zum Bandtag der Rheinlande nicht in die Hände bekommen. Der Redner trat für eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Provinz und Staat im Sinne eines starken Preussens ein. Zum Schluß billigte Dr. Jarres die Haltung der Reichsregierung zum Vertrag von Locarno und erklärte es als politisch falsch, daß sich die Deutschnationalen so vorschnell feigelegt hätten. (Z. U.)

### Ein schweizerisches Entwerder — oder über Locarno.

Zürich, 19. Nov. In der schweizerischen Presse kommt die Enttäuschung über das geringe Maß des von Deutschland in Locarno Erreichten zum Ausdruck. So schreibt die „Nürcher Post“ es sei als wichtig bei der Überprüfung der Rückwirkungen festzuhalten, daß die französische Besetzung des Rheinlandes weiter andauert. Es bleibe ein unhaltbarer Zustand, daß ein Friedenspakt am Rhein abgeschlossen werde, der die Rhein-grenze sichere mit England als Garant, und daß gleichzeitig Frankreich eine Armee im deutschen Rheingebiet stehen habe, die diese Sicherheit noch mit den Waffen zu garantieren habe. Entweder lauge der Sicherheitspakt nichts, dann sei das, was über ihn gesagt wurde, Phrasen, oder aber er ist wirklich eine Friedensgarantie, und dann muß die französische Besetzung des deutschen Rheinlandes unverzüglich aufhören.

### Die Einladungen zur Völkerbundsratsitzung.

Paris, 19. November. In der Tagung des Völkerbundsrates, die am 7. Dezember in Genf stattfindet, sind an zwölf Staaten Einladungen zur Entsendung von Vertretern ergangen. Südafrika, Neuseeland und Australien sind von diesen Staaten an der Prüfung des Berichtes der Mandatskommission beteiligt. Griechenland und Bulgarien wegen der Regelung des Grenzschiffenalles, Griechenland außerdem noch wegen Regelung der griechischen Minoritäten in Konstantinopel, der türkischen Minoritäten in Westtrazien und der autonomen Behörden für die griechischen Flüchtlinge. Ferner ist eine Einladung an Polen ergangen, und zwar wegen der Danziger Frage, an Perlen wegen der Entsendung der Untersuchungskommission über den Opiumhandel, an Oesterreich und Ungarn wegen des finanziellen Wiederaufbaues beider Länder, eine besondere Einladung an Ungarn wegen der Regelung der ungarischen Judenfrage. Jugoslawien und Rumänien sind zur Entsendung von Vertretern aufgefordert, weil diese an dem finanziellen Wiederaufbau Ungarns beteiligt sind, Rumänien außerdem noch besonders wegen der Verteilung der Entschädigung von 700.000 Goldfranken an die Landwirte in Transilvanien. Ferner ist die Türkei an der Regelung der Mosulfrage beteiligt.

### Wie orientiert sich das Zentrum?

Der Parteitag des Zentrums in Kassel hat, wie nach den ganzen Verhältnissen in der Partei nicht anders zu erwarten war, kein geschlossenes Bild und brachte keine restlose Klärung darüber, nach welchem Kurs denn nun eigentlich die künftige Außen- und Innenpolitik unter dem Vorbehalt von Dr. Marx, der „unter körnigem Beifall“ wiedergewählt wurde, gezeichnet werden soll. Ueber die nächste große Entscheidung auf auswärtigem Gebiete, die bei der Abstimmung über Locarno bevorsteht, kann allerdings nach den Kasseler Kundgebungen, soweit die Haltung des Zentrums in Frage kommt, kein Zweifel obwalten. Die Partei wird, wenn das Kumpfkabinet Luther die Annahme vorschlägt, alles schlucken. Es ist aber ein Unterchied, wie eine Speise verzehrt wird, ob einer sie mit Wohlbehagen und Befriedigung in sich aufnimmt oder ob er nur verdrossen darin herumstochert und sie mit innerem Widerstreben genießt. Davon, daß das gesamte Zentrum einmütig mit rückhaltlosem Beifall das Locarnoer Vertragswerk begrüßt, ist keine Rede. Der rechte Flügel muß im Gegenteil eine starke Dosis von Ueberwindung aufbringen, um sich wieder einmal dem Drängen von links zu fügen und den unverdaulichen Locarno-Bissen zu bewältigen. Jede solche erzwungene Nachgiebigkeit läßt aber bei denen, die ihre bessere Ueberzeugung unterdrücken müssen, einen Nieder-schlag von Unlust, Verzögerung und Erbitterung zurück, die schließlich irgendwie nach Ausdruck ringen und bei einer „päteren“ Gelegenheit in Erwidung treten, so daß die Einheit und Einigkeit der Partei auf solche Weise nicht gefördert wird. Der fortwährende Gegenstand zwischen rechts und links zeigte sich besonders deutlich in den mit großer Leidenschaftlichkeit geführten Erörterungen über den Fall Wirth. Der frühere Reichskanzler Fehrenbach hielt Dr. Wirth nicht die Stange, sondern vertrat mit eigentlich über-schendem Nachdruck den Standpunkt der Reichstagsfraktion. Ihm sekundierte sehr lebhaft ein württembergischer Vertreter, der ebenso wie Fehrenbach eine scharfe Trennungslinie gegen-über der Sozialdemokratie forderte. Er verurteilte die Agitation Wirths, von der er befürchtete, daß ein großer Teil der Zentrumsanhänger, namentlich der jugendlichen Elemente, ihr erliegen könnte, und bezog sich die von Wirth entfaltete Bewegung direkt als gefährlich für die Geschlossenheit der Partei. Besonders bemerkenswert ist die von dem württembergischen Delegierten gemachte Feststellung, daß eine Verständigung mit der bairischen Volkspartei undenkbar sei, wenn die Richtung Wirth weiter an Boden gewinne. Gerade der Umstand, daß diese Aeußerung von einem Zentrums-abgeordneten stammt, gibt ihr ein noch größeres Gewicht, als wenn ein Mitglied der bairischen Volkspartei selbst sie gemacht hätte. Bisher hat man solche Töne immer nur von der bairischen Volkspartei gehört. Um so wertvoller ist es, daß endlich auch einmal aus den Reihen des Zentrums heraus klipp und klar die Unvereinbarkeit der Wirth-Agitation mit den Bestrebungen zur Wiedervereinigung mit den bairischen Sezessionsisten festgenagelt worden ist.

Soweit man in Kassel von leitender Stelle aus Dr. Wirth unter die Fittiche nahm, geschah es offenbar mehr aus Sorge darüber, daß er den gegenwärtigen Nachhabern in der Partei gefährlich werden könnte, als aus wirklicher Verleibung für ihn. Die ganze Art, wie der Fall behandelt wurde, macht den Eindruck, als wenn selbst die Verteidiger Wirths, soweit sie nicht völlig im Banne der Linken stehen, ihn für einen Zeitrentier ansehen, den sie am liebsten los sein möchten, mit dem sie aber aus taktischen Gründen doch einen Ausgleich suchen müssen. Darum, das verrät Dr. Marx mit den Worten, daß Dr. Wirth für die Jugend „ein gefährlicher Magnet“ sei; deshalb müsse „alles aufgegeben“ werden, um zu einer Verständigung mit ihm zu gelangen. Diese Verständigung ist aber in Kassel noch nicht erzielt worden. Man hat nur eine vorläufige Beschwichtigungsbildung erreicht. Dr. Marx hat mit etwas lauerischer Miene in die von Wirth ausgeschreckte Hand eingeschlagen, und es soll nun der Zeit überlassen werden, die noch nicht ganz verhärtete Wunde zur Heilung zu bringen. Dr. Wirth scheint aber nicht gerade geneigt zu sein, der Parteileitung die fernere Behandlung seines Falles leicht zu machen. Er hat in Kassel gefordert, daß das Zentrum sich als die qualifizierte Schutztruppe der Republik bekennen und betätigen müsse. Er bestellte sich